

BUNDESHAUSHALT 2006

Unsere Ziele: Investieren – Sanieren – Reformieren

Das Bundeskabinett hat am 21. Februar den Entwurf für den Haushalt 2006 beschlossen. Mit dem Haushalt setzen wir klare Schwerpunkte für

- eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und sichert;
- einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen;
- eine solidarische Gesellschaft mit soliden Sozialsystemen, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Sicherheit und Freiheit ermöglicht.

Unser Hauptziel bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir mehr Wirtschaftswachstum. Deshalb setzt der Haushalt 2006 auf einen Dreiklang von investieren, sanieren und reformieren. Daran arbeiten wir.

Insgesamt sieht der Haushalt 2006 Ausgaben in Höhe von 261,7 Milliarden Euro vor. Der Anteil der Investitionen wird auf 23 Milliarden Euro erhöht; die Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 38,3 Milliarden Euro. Die Nettokreditaufnahme soll 2007 auf 22 Milliarden Euro und bis 2009 auf rund 20 Milliarden Euro begrenzt werden.

So stärken wir in diesem Jahr die Konjunktur und führen die staatlichen Ausgaben in den kommenden Jahren Zug um Zug auf einen soliden Pfad zurück.

Haushalt 2006: Wir investieren

2006 startet unser Investitionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung mit einem Gesamtumfang von 25 Milliarden Euro und einer Laufzeit bis 2009. Wir investieren in fünf zentrale Zukunftsbereiche.

- **Investitionen in Forschung und Entwicklung**

Bis 2009 stellt der Bund insgesamt 6 Milliarden Euro mehr für Forschung und Entwicklung bereit. Dies stärkt insbesondere Deutschlands Innovationsfähigkeit und damit unsere internationale Konkurrenzfähigkeit.

■ Investitionen in eine starke Wirtschaft

Zur Belebung der Wirtschaft und zur Förderung des Mittelstandes stellen wir 9,4 Milliarden Euro bereit. Hier geht es vor allem um das Programm zur energiesparenden Gebäudesanierung und um verbesserte steuerliche Abschreibungsbedingungen für die Unternehmen. Außerdem wird die erfolgreiche Investitionszulage-Ost zur wirtschaftlichen Stärkung der neuen Bundesländer über 2006 hinaus verlängert.

■ Investitionen in eine moderne Infrastruktur

Die Investitionen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur – in Straße, Schiene und Wasserwege – werden um weitere 4,3 Milliarden Euro aufgestockt. Hiermit schaffen und sichern wir tausende Arbeitsplätze.

■ Investitionen in Familien und Kinder

Ab 2007 führen wir das Elterngeld ein und stellen dafür bis 2009 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Wir stärken damit Familien, die Kinder erziehen und so einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten.

■ Investitionen in Privathaushalte als Arbeitgeber

Wir fördern haushaltsnahe Dienstleistungen und stärken damit gezielt die heimische Wirtschaft – vom Handwerk bis zu lokalen sozialen Dienstleistern. So können Handwerkerrechnungen für Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen künftig bis zu 600 Euro pro Jahr steuerlich abgesetzt werden. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres vom ersten Euro an in Höhe von zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4.000 Euro je Kind, berücksichtigt werden.

Haushalt 2006: Wir sanieren

Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder, eines leistungsfähigen Staates, der seine Aufgaben auch wahrnehmen kann, und einer starken Wirtschaft müssen wir die hohen Schulden der öffentlichen Haushalte Zug um Zug zurückführen. Deshalb setzen wir auf eine nachhaltige Finanzpolitik, die die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen langfristig wieder auf eine tragfähige Grundlage stellt, um Spielraum für Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche zu schaffen.

- Einige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Streichung der Eigenheimzulage und weiterer nicht mehr gerechtfertigter Steuervergünstigungen, haben wir bereits beschlossen. Sie werden ihre volle Wirkung erst ab 2007 entfalten. Weitere Maßnahmen sollen folgen. Bis 2009 sollen Steuervergünstigungen im Umfang von 19 Milliarden Euro abgebaut werden.
- Ab 2007 werden verschiedene Steuersätze (u.a. Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, Einkommensteuer für Spitzenverdiener) angehoben. Hierdurch erzielt der Bund Mehreinnahmen von rd. 28 Milliarden Euro bis 2009. Wir nutzen diese Mehreinnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und um die Lohnnebenkosten zu senken – der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung fällt um 2 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent.
- Der pauschale Beitragssatz für geringfügig Beschäftigte (Minijobs) im gewerblichen Bereich wird 2007 von 25 auf 30 Prozent erhöht. Die Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen wird ab dem 1. Juli auf einen Grundlohn von 25 Euro die Stunde begrenzt. So entlasten wir die Sozialversicherungskassen um 500 Millionen Euro jährlich.
- Beamtinnen und Beamte des Bundes erhalten für die Jahre 2006 bis 2010 nur das halbe „Weihnachtsgeld“. Mitgliedern der Bundesregierung sowie den parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretären wird es ganz gestrichen. So spart die öffentliche Verwaltung ab 2006 rund eine Milliarde Euro jährlich ein.

Haushalt 2006: Wir reformieren

Die große Koalition wird 2006 grundlegende Reformen in Angriff nehmen, die Deutschland stärker und wettbewerbsfähiger und unsere sozialen Versicherungssysteme zukunftsfähig und stabil machen.

■ Föderalismusreform

Wir entflechten die Zuständigkeiten von Bund und Ländern und stärken so erheblich ihre Handlungsfähigkeit.

■ Mindestlohn

Wir wollen Impulse für mehr Beschäftigung in den unteren Einkommensbereichen geben und gleichzeitig mit dem Mindestlohn die Grundlage für existenzsichernde Löhne schaffen. Lohndrückerei schieben wir einen Riegel vor.

■ Gesundheitsreform

Wir werden die Voraussetzungen für ein leistungsfähiges und finanzierbares Gesundheitswesen auf höchstem medizinischen Niveau schaffen. Es bleibt dabei: Mit uns wird es keine Zwei-Klassen-Medizin geben. Jeder hat einen Anspruch auf alle notwendigen medizinischen Versorgungsleistungen. Die gesetzliche Krankenversicherung bleibt solidarisch. Eine Privatisierung von Risiken, Leistungsausgrenzungen, das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags oder erweiterte Zuzahlungen wird es mit uns nicht geben. Die Qualität im Gesundheitswesen, Patientenrechte und Prävention sind wichtige Eckpfeiler, die wir mit der Reform stärken werden.

■ Solidarische Rente

Richtschnur einer Reform der gesetzlichen Alterssicherung bleibt die Generationensolidarität. Die Jüngeren und Aktiven dürfen nicht durch zu hohe Beiträge überfordert werden. Sie brauchen Spielraum für eine ergänzende private Altersvorsorge. Die Älteren müssen sich auf die Sicherheit und Stabilität ihrer Rente verlassen können. Unser Ziel ist es

- die Renten in dieser Legislaturperiode nicht zu senken und dies auch gesetzlich zu garantieren,
- die Rentenversicherungsbeiträge ab 2007 auf 19,9 Prozent zu erhöhen und so die Rentenkasse zu stärken,
- die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters 2012 zu beginnen und bis 2029 auf 67 Jahre zu führen – die Stufen der Anhebung sollen zunächst einen Monat pro Jahr (65-66) und dann zwei Monate (66-67) pro Jahr betragen,
- den vollen Rentenanspruch ab 65 Jahren bei Rentenversicherungszeiten von mindestens 45 Jahren auch über 2029 hinaus zu erhalten, sowie
- der privaten Vorsorge in Form von Riester-Rente und anderen Wegen zusätzliche Impulse zu geben.

■ Unternehmenssteuerreform

Ab 2008 soll ein neues Unternehmenssteuerrecht Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern. Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften sollen dann einheitlich besteuert werden. Die neue Unternehmenssteuer soll finanzierungsneutral und europatauglich sein. Dabei muss beachtet werden, dass die Steuerquote, die 1999 noch bei 22 % des Bruttoinlandsproduktes lag, mittlerweile auf 20% gesunken ist. Deutschland weist damit nach den aktuell verfügbaren OECD-Daten für 2004 neben der Slowakei die geringste Steuerquote in der EU auf.